



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Jürgen Mistol, Gisela Sengl, Markus Ganterer, Dr. Christian Magerl, Rosi Steinberger, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Kritik des Bundesrechnungshofs aufnehmen – EPSAS stoppen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich weiterhin auf allen politischen Ebenen gegen die Einführung EU-weit harmonisierter Rechnungslegungsstandards „European Public Sector Accounting Standards“ (EPSAS) einzusetzen.

Begründung:

Mit der Richtlinie 2011/85/EU will der Rat der Europäischen Union die Mitgliedstaaten dazu bringen, harmonisierte Rechnungslegungsstandards für die öffentlichen Haushalte anzuwenden. Damit sollen die nationalen Haushalte der Mitgliedsländer vergleichbarer werden, die Überwachung der Haushalte auf EU-Ebene könnte verbessert werden. Ziel ist die Vermeidung möglicher neuer Staatsschuldenkrisen.

Nachdem der ursprüngliche Zeitplan nicht eingehalten werden konnte, wurde das Projekt verschoben. Das Ziel der EU ist, EPSAS ab dem Jahr 2025 verpflichtend zu machen.

Ein wirklicher Mehrwert dieser Rechnungslegungsstandards kann außer den Vorteilen bei der Kontrolle und Überwachung kaum definiert werden. Was aber deutlich wird, sind die Kosten. Der Bundesrechnungshof geht davon aus, dass die Kosten der Umsetzung der Richtlinie weit über den von der EU geschätzten 3,1 Mrd. Euro liegen werden, allein für Deutschland. Das Ziel der Bekämpfung der Staatsschulden wird damit zumindest teilweise ins Gegenteil verkehrt.

Die Harmonisierung der Besteuerung von Unternehmensgewinnen und der Kampf gegen Steuerhinterziehung und Steuerbetrug, insbesondere im Bereich der Umsatzsteuer, sind wesentlich wichtiger und hätten für die Haushalte der Mitglieder der Europäischen Union einen deutlich höheren Mehrwert als eine Harmonisierung der Rechnungslegungsstandards.

Problematisch ist neben den Kosten auch die Umsetzung des Projekts. Private Rechnungsprüfungsgesellschaften sind sowohl in die Ausarbeitung von EPSAS beteiligt als auch bei der Umsetzung von EPSAS in den Mitgliedstaaten beratend tätig. Hier besteht ein Interessenskonflikt zwischen möglichen Vorteilen für die EU und das jeweils eigene Unternehmen.

In Deutschland gibt es Widerstand gegen das Projekt. Der Bundesrat hat sich dagegen ausgesprochen, der Städtetag befürchtet einen hohen finanziellen Aufwand bei der Einführung, auch für Städte, die bereits die Doppik eingeführt haben. Auch die Staatsregierung hat sich in ihrem Bericht an den Landtag vom 04.04.2017 gegen die Einführung von EPSAS ausgesprochen.

Auf EU-Ebene wird das Projekt aber weiterverfolgt. Hier sind neue Initiativen von deutscher Seite dringend erforderlich.